

Veto gegen Freileitung

Struktur- und Wirtschaftsausschuss stärkt Gemeinden

Von unserem Mitarbeiter
Martin Siemer

LANDKREIS. Einstimmig hat sich der Struktur- und Wirtschaftsausschuss des Landkreises Oldenburg am Dienstag gegen den Bau der Höchstspannungsleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe ausgesprochen. Die Ausschussmitglieder schlossen sich damit einer entsprechenden Resolution der Gemeinde Ganderkesee an. In der Resolution wird unter anderem die landesplanerische Feststellung der Trasse in Frage gestellt (wir berichteten).

Ernst-August Bode (FDP) betonte, dass der Landkreis in seinem Bestand gesichert werden müsse. „Wir fühlen uns zwar als Metropolregion, haben aber durchaus aus ländliche Strukturen, die es zu stärken gilt“, erklärte er. Nach dem Entwurf ist der Landkreis Oldenburg keine ländliche Region oder so genannter Verdichtungsraum mehr, sondern gehört nun zur Metropolregion Bremen/Oldenburg. Bode befürchtet, dass die ohnehin bereits ausgedünnte Behördenstruktur der Region weiter geschwächt wird und der Landkreis dadurch zum Spielball einer möglichen Kreisreform wird. „Die Metropolregion kann nicht zum Ziel haben, starke Landkreise kaputt zu machen“, sagte er.

In der Resolution heißt es unter anderem: „Mit dieser Entscheidung kritisiert die Niedersächsische Landesregierung den entschlossenen Widerstand einer ganzen Region gegen ein Bauvorhaben, das auf unzeit-

gemäße Technik setzt.“ Bürgerinnen und Bürger und alle betroffenen Gemeinden und Landkreise werden aufgerufen, sich auch weiterhin gegen den Bau der Höchstspannungs-Freileitung auszusprechen und sich mit vereinten Kräften für eine Erdverkabelung einzusetzen. Die Resolution war eine von 52 Stellungnahmen zum Entwurf des Landesraumordnungsprogramms des Landes Niedersachsen. Der Ausschuss befasste sich mit allen Eingaben. Die Punkte reichten von der Förderung des ländlichen Raumes über Energiefragen bis hin zur Verkehrsentwicklung.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Sitzung war der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Die Eisenbahnstrecke Oldenburg-Osnabrück könnte als Verkehrsweg für den neuen Jade-Weser-Port fungieren, wie Erster Kreisrat Rolf Eilers erläuterte. „Die Strecke muss dann entsprechend ausgebaut werden. Hierzu zählen Lärmschutzmaßnahmen sowie keine höhengleichen Bahnübergänge“, sagte Eilers. Thomas Schulze (CDU) hofft, dass die Bürger durch einen vermehrten Bahnverkehr nicht belastet werden. „Die Fragen, die es hierbei zu klären gibt, dürfen nicht zu Lasten des Landkreises gehen“, stellt er klar.

Bei den Haushaltsberatungen für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses gab es nur geringfügige Veränderungen bei einzelnen Etatpunkten. Bei vielen Förderprogrammen bleibt abzuwarten, ob eine Bezuschussung seitens der EU erfolgen wird.

Weser Kurier vom 15.02.2007